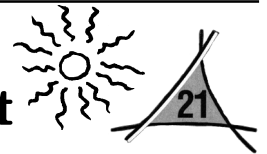


Aus dem Stadtrat: Wir haben einiges erreicht ...



... aber manches immer noch nicht



Stadtbus auf Erfolgskurs

Der Stadtbus ist ein Lichtblick dieser Legislaturperiode. Die steigenden Fahrgastzahlen lassen hoffen, dass der Stadtbus weiter auf Erfolgskurs bleibt.

Pellets und Solarenergie im städtischen Wohnblock

Entgegen den Agenda-Prinzipien wäre bei den zu sanierenden Wohnblocks am Julius-Leber-Ring beinahe wieder die übliche fossile Energie eingesetzt worden. Geplant war eine Gasversorgung. Begründung: Für eine CO₂-neutrale Pellets-Heizung ist kein Platz vorhanden. Durch unsere Recherchen konnte dieses Argument nicht zuletzt mit Unterstützung des zuständigen Planungsbüros schnell entkräftet werden. Die Pelletsheizung mit Solaranlage wurde beschlossen – ein gutes Beispiel, wie hartnäckige Überzeugungsarbeit im Stadtrat schließlich doch manchmal zur nachhaltigen Entwicklung führt.

Agenda 21

im Schneckentempo

Die lokale Agenda 21 kommt in Schongau nur langsam voran. Mit der Bildung von drei Arbeitskreisen hat nun auch die erforderliche Einbindung der Bevölkerung in den Agenda-Prozess stattgefunden. Dies hatten alle Fraktionen im Jahr 1997 verweigert und lediglich eine Behandlung des Agenda-Themas im Bauausschuss vorgesehen. Jetzt, fast vier Jahre später, ist die Beteiligung der Bürger am Agenda-Prozess im Stadtrat immer noch umstritten. Nachdem die CSU und die SPD die Agenda-Arbeit nach langer Bedenkzeit mehrheitlich unterstützen, hat nun die UWV durch ihren Fraktionssprecher F. Holzhey kräftig auf die Bremse gedrückt.

Akteneinsicht verwehrt

Seit mehr als einem Jahrzehnt versuche ich das individuelle Akteneinsichtsrecht für alle Stadträte zu erlangen, aber bisher vergeblich. Mein erster Antrag vom 15. Mai 1990! wurde damals von allen an-

deren Räten abgelehnt. Ebenso erging es meinem Antrag vom 23. November 1999. Im Übrigen haben die Landtags-Grünen vor kurzem acht Anträge zum Kommunalrecht eingebracht. Darunter war auch der folgende: „Die gewählten Vertreter in den Kommunalparlamenten sollen einen individuellen Auskunftsanspruch gegenüber der Gemeindeverwaltung und ein individuelles Akteneinsichtsrecht erhalten.“

Fraktionsführerbesprechungen ohne ALS

Die Fraktionsführerbesprechungen finden nach wie vor ohne mich statt, weil der Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden Blüml (CSU), Forster (SPD) und Holzhey (UWV) lieber unter sich bleiben wollen. Inzwischen gibt es allerdings Gerichtsentscheidungen, wo die Einbindung aller im Stadtrat vertretenen Gruppierungen verlangt wird. Die Auffassungen in den Ministerien gehen allerdings immer noch auseinander, ob einzelne Stadträte, die keiner Fraktion angehören, von den Fraktionsführerbesprechungen ausgeschlossen werden dürfen. Da hilft nur eins: Wir müssen im neuen Stadtrat zur Fraktion anwachsen, damit wir nicht mehr ausgeschlossen werden können.

Jagdpachtverträge

Die Verlängerung dieser Verträge mit den Gebrüdern Holzhey war im Stadtrat durchaus umstritten. Bei der Beschlussfassung vom 25. Januar 2000 gab es aber immerhin 9 Gegenstimmen. Selten wurde vom Bürgermeister soviel getrickst, um die Verträge ohne weitere Auflagen und gegen die Empfehlungen des Stadtförsters durchzubringen. Hintergrundinfos: Durch die zu wenig intensive Art der Bejagung war eine Verjüngung der Waldbestände ohne Einzäunung nicht möglich. Um Zäune zu errichten und zu kontrollieren, waren der Stadt im Vertragszeitraum Kosten in Höhe von rund 100 000 •uro entstanden. Die jährlichen Neupflanzungen waren erheblich.

Gewerbesteuer und die unveränderten Hebesätze

Seit 1975 ist der auf 320 Prozentpunkte festgelegte Hebesatz konstant, während im sozialen Bereich eine Kostenexplosion stattgefunden hat. Die Kindergarten-Beträge sind im Vergleich zu 1990 heute etwa doppelt so hoch. Bei der Hebesatzpolitik gelten nach Bürgermeister Dr. Zeller bei jeder Haushaltssitzung „Stabilität und Kontinuität“, was der UWV-Fraktionsführer Fritz Holzhey gerne und immer kopfnickend zur Kenntnis nimmt, unterstützt durch den CSU-Fraktionsführer Blüml, der stets seinen Standard-Konter parat hat: „Kühe, die viel Milch geben, soll man nicht noch mehr melken.“

Fazit: Großfirmen, die immer weniger Beschäftigte haben und immer höhere Gewinne erzielen, sollen offenbar auf keinen Fall dazu gebracht werden, einen höheren Anteil ihres Reingewinns(!) zu sozialisieren. Das war in Schongau nicht immer so: 1969 stieg der Gewerbesteuer-Hebesatz von 290 auf 300 Prozentpunkte. 1975 gabs eine weitere Steigerung von 300 auf 320. Seither herrscht die oben beschriebene „Stabilität und Kontinuität“, die allerdings für keinen anderen Bereich gilt.

Die Stadt soll ihre Reinigungskräfte behalten -

Privatisierung von Reinigungsarbeiten gehen zu Lasten aller

Die Stimmung im Stadtrat hat sich gedreht. Wurde vor kurzem die Privatisierung von Reinigungsarbeiten immer mit satten Mehrheiten abgesegnet, so werden in letzter Zeit häufiger Stimmen laut, die an den Reinigungsfirmen Kritik üben. Seit langem verweise ich auf die Probleme, die durch die Privatisierung von Putzarbeiten entstanden sind. Hinzu kommt die völlig unzureichende soziale Absicherung der Reinigungskräfte. Fazit: Wer's billiger will, bekommt auch eine billige Leistung!

Sigi Müller, Mitglied des Stadtrats